

Gerd Simon

Schwerpunkttierung und Artenschutz im Kulturbereich – oder wie demokratisiert man die Verteilung öffentlicher Mittel?

Ein auch auf andere Bereiche anwendbarer

Vorschlag eines Bedeutungswissenschaftlers

Die interdisziplinäre Bedeutungswissenschaft wie sie z.B. in der >Gesellschaft für interdisziplinäre Forschung Tübingen< (Gift) betrieben wird, geht von einer leider auch von Grundlagentheoretikern wie den Philosophen viel zu selten gestellten, wenn nicht gar tabuisierten Frage aus:

Wer und was ist für wen und was warum und auf wessen Kosten von Bedeutung?

bzw. Komplementärfragen wie

was wollen eigentlich fast alle nicht? Und warum geschieht es dann doch und immer wieder?

Die empirische Erforschung dieser Frage stößt aus naheliegenden Gründen bei Beispielen in der Gegenwart auf große Schwierigkeiten. Wir haben uns deswegen auf das allerdings auch nicht einfache Beispiel >3. Reich< konzentriert, das aber den Vorteil hat, dass man hier nicht nur auf Zeugenaussagen angewiesen ist, sondern auch Archivalien heranziehen kann. Natürlich treiben wir die 3. Reich-Forschung zentral mit Blick auf gegenwärtige Probleme. Und natürlich ist auch bei Beispielen aus der Gegenwart nicht nur die Ausgangsfrage dieselbe. Aus den Studien zu der relativ einfachen hierarchischen Struktur (manchmal spricht man von Doppelstruktur) der Bedeutungsverhältnisse im 3. Reich lassen sich Regeln ableiten zumindest von der Art, wie man sie nicht gestalten sollte, sowie Maßstäbe zur Beurteilung von Konzepten, was z.B. in die Richtung der Bedeutungsverhältnisse im 3. Reich geht, allgemein: welche Lehren sich aus den Fehlentwicklungen im 3. Reich ziehen lassen.

Zwei Hinweise gleich zu Anfang: Es geht hier nicht darum, den Kulturpolitikern und Ökonomen zu sagen, wie sie konkret was entscheiden sollten.

Simon: Schwerpunkttierung und Artensterben

Ein Zahn muss außerdem vorweg jedem Entscheidungsträger gezogen werden: Entscheidungen enthalten stets Werturteile. Wer als Entscheidungsträger glaubt, die Bewertung außen vor lassen zu können bzw. es allen recht zu machen, streut Nebelbomben, wo Transparenz erforderlich wäre, hat wenigstens den Ernst der Problematik nicht erfasst. Wer Entscheidungen trifft, nimmt Schwerpunkttierungen vor, fällt so oder so Werturteile. Es geht also nicht darum, ob man Schwerpunkte setzen soll, sondern wie. Umgekehrt argumentiert: Gleichbehandlung führt nicht automatisch zu Gerechtigkeit.

Unsere 3. Reich-Forschungen haben ihr Zentrum in den Hochschulen der damaligen Zeit. Da ich selbst jahrzehntelang Universitätslehrer war, kann ich hier kompetentere Vergleiche zur Gegenwart ziehen als in anderen Kulturbereichen.

Die Schwerpunkte, die man in der jüngsten Vergangenheit im Wissenschaftsbereich zuletzt setzte, hatten zentral mit dem zu tun, was unter dem Schlagwort „Exzellenzinitiative“ bekannt wurde. Gremien, die von Politikern und anderen Geldgebern, die nicht unbedingt inkompetent sein müssen, es aber meistens sind, mit angeblich kompetenten Wissenschaftlern besetzt werden, entscheiden, welche Initiativen unterstützt werden sollen. Die Bewerber, in der Regel Universitäten, ermitteln, nicht immer auf Grund von Insider-Wissen, nach welchen Kriterien entschieden wird, manchmal rechnen sie auch nur hoch, was bisher gefördert wurde, erraten daraus, was Chancen hat, vergleichen das mit dem, was die Uni anzubieten hat und fokussieren die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auf Projekte, die hier einige wenige unter denen, die an der Uni das Sagen haben (nicht immer die Weitsichtigsten), für verheißungsvoll halten. Die Mittel dazu werden größtenteils gewonnen, indem man sie anderen wegnimmt. Ganze Wissenschaften wurden so gestrichen. In Tübingen wurde so schon im Vorfeld die älteste ihrer Sprachwissenschaften, die Indogermanistik, gestrichen. Überall in Deutschland fand so ein Artensterben statt. Überzufällig häufig traf dieses Artensterben die Kulturwissenschaften.

Wilhelm von Humboldt, der weltweit die bedeutendste Hochschulreform der Neuzeit initiierte, und sogar seine pragmatischen Nachfolger dachten daran, ganze Wissenschaftsbereiche wie die Theologie, die Jurisprudenz und die Medizin, aus der Universität herauszunehmen und in eigene fachspezifische Hochschulen auszulagern, die von den jeweiligen Verbänden zu betreiben gewesen wären. Diese Pläne scheiterten wegen der übermächtigen Lobby dieser Verbände. Natürlich spielte auch das Anciennitäts-Prinzip eine Rolle, nach dem das erhalten

<http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/schwerpunktierung.pdf>

Zur Startsite: <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/>

Simon: Schwerpunkttierung und Artensterben

und am meisten gefördert werden müsse, was zuerst da war, zumindest älter ist als anderes. Die Folge war, dass die Universitäten bis heute nicht nur Grundlagenforschung und Grundausbildung zu betreiben haben, sondern auch noch einen großen Teil der beruflichen Ausbildung. Spätere Initiativen von anderen Berufsverbänden, z.B. in den Bereichen der Musik und Kunst, wurden an der Uni wohl eher der Form halber mit Minifächern (Kunstwissenschaft, Musikwissenschaft) abgefunden, sonst aber in toto eigenen Hochschulen, Akademien oder ähnlichen Einrichtungen überantwortet. Allein die Ausbildung der Gymnasiallehrer wurde wieder analog zu der der Theologen, Juristen und Mediziner organisiert.

Dass die Auslagerung der gesamten Berufsausbildung in eigene Hochschulen heute wieder ein Thema ist, zeigen die Pläne der rotgrünen Regierung in Baden-Württemberg, die Ausbildung der Gymnasiallehrer wie die der Grundschullehrer in Pädagogischen Hochschulen zu verlegen. Natürlich hätten solche Auslagerungen starke Rückwirkungen nicht nur auf die Universitäten, sondern auch auf die beruflich orientierten Hochschulen. Wie man den Universitäten den Rückweg in die Elfenbeinturmwissenschaft erschwert, habe ich an anderer Stelle ausgeführt.¹ Wie man die beruflich orientierten Hochschulen stärker an die Wissenschaft bindet, wäre eine andere Aufgabe, die von Bereich zu Bereich anders aussehen müsste und für die Wissenschaftler ohnehin bestenfalls als Berater tätig werden könnten.

Artensterben, das hat weder die theologischen, juristischen, medizinischen noch andere der sogenannten „großen“ Fächer betroffen. Wie in der Tier- und Pflanzenwelt trifft das auch im Wissenschaftsbereich die seltenen und sog. „kleinen“ Fächer, die – nur nebenbei bemerkt – quantitativ und qualitativ ein Vielfaches zum Gegenstand zu haben pflegen im Vergleich zu den großen Fächern. Man denke nur an die Orientalistik, selbst wenn man nicht – wie an manchen Universitäten – Afrikanistik Iranistik, Indologie, Sinologie, Japanologie und die Asienwissenschaften dazu rechnet.

Schwerpunkttierung – manche sprechen differenzierter von Profilierung –, das war auch im 3. Reich unter den Begriffen „Ausrichtung“ und „Konzentration“ ein Kennzeichen der Kulturpolitik. Ergebnis einer solchen Ausrichtung, an der fast alle namhaften Kulturwissenschaftler im deutschsprachigen Bereich mitwirkten, war etwa zu Beginn des 2. Weltkriegs der sog. >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, nach dem Leiter auch >Ritterbusch-Aktion< ge-

¹ s. <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/altwisskonz4.pdf>

Simon: Schwerpunktierung und Artensterben

nannt, ein Riesenprojekt, das in bewundernswert kurzer Zeit eine Fülle von Publikationen hervorbrachte, durchaus auch mit Beiträgen ohne Verbeugungen vor den Machthabern. Hier erregte die Schwerpunktierung auch von Seiten einzelner Nationalsozialisten Kritik, weil sie zu wenig parteilinienförmig ausgefallen sei.

Die Gefahren der Schwerpunktierung kann man eher am Preisverleihungssystem des 3. Reichs studieren. Den Ton gaben hier die Toepfer-Preise an, genannt nach ihren Sponsoren, zwei Brüdern, die eine Hamburger Großhandelsfirma mit einer wichtigen Filiale in New York leiteten. Diese hochdotierten Preise waren schon 1932 von den zwei Brüdern ins Leben gerufen worden. Im 3. Reich setzte sich aber Goebbels auf diese Preise drauf. Sowohl in den sog. >Goethe-Preisen< (dazu gehörten der Herder-, Eichendorff-, Mozart-, Steinbach- und der Görres-Preis), als auch in den Hansischen Preisen (dazu gehörten der Shakespeare-, Rembrandt- und der Steffens-Preis) wurden alle zentralen Stellen, z.T. auch die Preisempfänger von Goebbels' Leuten bestimmt. In der Jury saßen jeweils ein Künstler, ein Wissenschaftler und ein Vertreter von Goebbels Reichsschrifttumskammer. Gar nicht so selten erhielt ein Künstler einen Preis, der in der Jury eines Schwester-Preises saß und ebenfalls nicht selten für einen Künstler einen Preis vorschlug, der in der Jury des anderen Preises Mitglied war. Eine Hand wusch da die andere. Die Namen der beteiligten Künstler sind heute nur noch Spezialisten bekannt. Man kann davon ausgehen, dass die betroffenen Künstler ohne das Geld aus den Preisen schon damals am Hungertuch hätten nagen müssen, wenn sie und/oder ihre Frau nicht vermögend waren oder sonst keine weiteren Einkünfte hatten. Goebbels brachte seine Favoriten wie z.B. Hitlers Hofdichter Eberhard Wolfgang Möller oder den Tübinger Lyriker Gerhard Schumann ohne nennenswerten Arbeitsnachweis auch als Referent in seinem Propagandaministerium unter.

Von den meisten Künstlern, die damals nicht zu diesem korruptionsverdächtigen Kreis gehörten, ist heute fast noch weniger die Rede. Es spricht auch einiges dafür, dass manche künstlerischen Werke mit dem Nachlass des Künstlers untergingen und nicht nur bei denen, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden.

Ein anderes Beispiel. Herbert Marcuse sprach einmal mit Bezug auf den Einfluss von Ideologen und Ideenlieferanten von einem „Tafelberg.“ Sie bilden untereinander ein Kartell, eine Art Konsens, auch über verschiedene Schulen und Richtungen hinweg, wehren alles prinzipiell Neue ab, bedienen sich schamlos bei allen Avancen, den Tafelberg zu erklimmen, und

Simon: Schwerpunkttierung und Artensterben

lassen auf dieses „Niveau“ nur in Einzelfällen einen Vertreter, der ihnen ergeben ist, zumindest aber nicht weh tut. Für die Kulturpolitik wichtig ist da die Frage: Wie kommt Neues auf den Tafelberg?

Das ist bisher fast immer einem Konglomerat von glücklichen Zufällen zu verdanken gewesen. Zeigen lässt sich das z.B. an den Darmstädter Tagen für neue Musik. Eine Hand voll hochengagierter Künstler findet nicht nur potente Sponsoren, nicht nur die Unterstützung einflussreicher Politiker, sondern auch einen Organisator und Diplomaten. Künstler sind das selten und wenn, dann meistens nicht die kreativsten. In Köln gab es im Nordwestdeutschen Rundfunk einen hochgenerösen Abteilungsleiter, der das Nachtprogramm betreute, das innerhalb dieser Institution als absolute Nische betrachtet wurde. An die Macher dieses Programms wandte sich eines Tages ein Bonner Phonetiker namens Meyer-Eppler. Dieser hatte mit Geräten experimentiert, die zuvor nie gehörte Töne hervorbringen konnten. Unter den Programm-Machern des Nachtprogramms des NWDR gab es Komponisten wie etwa Eimert, der in den 20er Jahren bereits Interesse für ähnlich neuartige Instrumente gezeigt hatte. Diese griffen die Anregungen Meyer-Epplers auf und schufen mit diesen Geräten Musikstücke, die dann im Nachtprogramm des NWDR präsentiert wurden. Das war der öffentliche Beginn der elektronischen Musik. Darmstadt war mit seinen Tagen der neuen Musik noch weit davon entfernt, berühmt zu werden, als es diese Musik in sein Programm aufnahm.

Berühmt unter den Komponisten wurden dann nur wenige wie Stockhausen oder Ligeti, die sich erst relativ spät auf den fahrenden Zug schwangen. Diese Musik, die noch heute in der Bevölkerung schroffer abgelehnt wird als die abstrakte Malerei,² wäre ohne die Tage der neuen Musik in Darmstadt auch in der Welt der intellektuellen Elite bestenfalls als eine interessante Normabweichung geschätzt worden, wie umgekehrt die Darmstädter Tage der neuen Musik ohne die elektronische Musik kaum mehr als eine interessante Lokalinitiative geblieben wäre.

Es waren also eine Reihe unglaublich glücklicher Zufälle, die dazu führten, dass sich eine Initiative, die alle mit dem Ort Darmstadt verbinden, endlich weltweit etablieren konnte.

² Dass Stockhausen kurz vor seinem Tod den Terroranschlag auf die Twin Towers in New York zum Kunstwerk erklärte, hat diese Ablehnung sicher noch befördert.

Simon: Schwerpunkttierung und Artensterben

Übrigens braucht auch jemand, der im Nachlass vergessener Künstler oder auch in öffentlichen Archiven etwas auftreibt, das ihn fasziniert, von dem er eventuell sogar vermutet, dass das viele faszinieren könnte, ähnlich glückliche Konstellationen, damit die imponierendsten Werke, selbst wenn sie etwas vorwegnahmen, was später als bedeutend allgemeine Anerkennung fand, auf dem Tafelberg einen Platz finden. Was einmal in Vergessenheit geriet, hat es nicht weniger schwer, in den Kanon bedeutender Kunstwerke aufgenommen zu werden wie das Neue eines heutigen Künstlers.

In der Wissenschaft ist Artensterben für die Angehörigen einer Hochschule meistens nicht zu übersehen, zumindest aktenkundig. Im Verbandswesen ist Artensterben sehr viel schwieriger nachzuweisen. In den Archiven führen Akten, die Verbände betreffen, häufig ein kümmerliches Dasein. Manche Archive haben nicht einmal eine eigene Abteilung für Verbände, selbst wenn sie parteinah waren.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich huldige keineswegs einem Fetischismus des Neuen. Es gibt zahlreiche Kunstwerke, die z.B. handwerklich wenig Neues bieten, aber inhaltlich zweifellos Bedeutendes darstellen. Ich denke etwa an den schwedischen Komponisten Pettersson, der handwerklich die Entwicklung seit Mahler verschlafen zu haben scheint, dessen bekanntestes Musikstück, die Friedenssinfonie, man getrost zu den weniger wichtigen Werken zählen darf, der es aber sonst durchaus verdient hat, in den Konzertsälen heimisch zu werden.

Ich kenne mich bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Darmstädter Tage der neuen Musik nicht aus. Es wäre zu prüfen, ob man dort nicht ebenfalls inzwischen der skizzierten Tafelberg-Politik erlegen ist. Innovationsbremsen tauchen in der Regel schon kurz nach der Etablierung einer neuen Kunst auf.

Die zentrale Frage ist: Wie entzieht man Kultur dem bloßen Zufall oder umgekehrt den Mächtigen, insbesondere wenn ihnen die Kompetenz fehlt? Noch anders formuliert: Was unterscheidet demokratische Kulturpolitik von autokratischer einerseits und zufallsbelassener andererseits?

Dazu vorerst nur zwei Vorschläge:

1. Man biete Artenschutz und gewähre eine Mindestförderung.

Kommentar: Mir ist klar, dass so etwas wie Gemeinnützigkeit von Verbänden juristisch leicht erworben werden kann. Die RAF hätte anfangs durchaus Chancen gehabt, Gemeinnützigkeit bescheinigt zu bekommen. Verbänden die Gemeinnützigkeit im Nachhinein wieder zu nehmen, ist ein langwieriger und nicht immer erfolgverheißender Prozess. Andererseits spricht einiges für die Regel: Wo keine Gemeinnützigkeit vorliegt, keine Förderung. Das setzt voraus, dass Gemeinnutz exakter definiert wird, als es

<http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/schwerpunktierung.pdf>

Zur Startsite: <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/>

Simon: Schwerpunkttierung und Artensterben

momentan die Gerichte tun. Es ist aber klar, dass die Definition nicht von einem einzigen Oberziel abgeleitet werden kann. Wie auch immer die von Verbänden geschätzten Werte beurteilt werden, eine Hierarchisierung dieser Werte unter eine Wertespitze gegen den Willen der betroffenen Verbände nähert sich den Verhältnissen in einer Diktatur.

Was als Mindestförderung zu gelten hat, muss sich natürlich an den zur Verfügung stehenden Mitteln orientieren. Es ist klar, dass viele Verbände so hohe ständige Ausgaben haben, dass vorherzusehen ist, dass sie mit dieser Mindestförderung nicht überlebensfähig wären. Diesen Verbänden wäre eine strenge Überprüfung ihrer Ausgaben zuzumuten. Wieviel für die Mindestförderung reserviert werden soll, ist die Hauptaufgabe entsprechender kulturpolitischer Beratungsgremien und kann wohl auch kaum in allgemeine Regeln gefasst werden. Je hierarchischer die Zuteilung der Mittel ausfällt, desto mehr gerät das in die Nähe hierarchisch organisierter Gesellschaftsverhältnisse.

2. Schwerpunkttierungen sind bis in die einzelnen Entscheidungen aller beteiligter (auch nur beratender) Gremien transparent zu machen und mit Hilfe expliziter Kriterien zu begründen.

Kommentar; Politik gilt als die Kunst, Kompromisse zu schließen. Das setzt voraus, dass auch die Ausgangspositionen und -verhältnisse offen gelegt werden, die vor Kompromissen vorlagen.

Nicht nur Manipulationen, sondern auch Verschleierungen müssen juristisch einklagbar sein.

Bestimmte Projekte können nur sinnvoll in Angriff genommen werden, wenn sie langfristig und kontinuierlich unterstützt werden. Hier ist niemandem mit Kleinkleckerleswirtschaft gedient. Ansonsten gibt es keinen Grund dem Anciennitätsprinzip einen hohen Wert beizumessen.

Den Mitgliedern beratender und entscheidender Gremien ist nicht nur Geschmack zu wünschen, der ja schwer zu definieren ist, sondern v.a. die Fähigkeit, selbst in dem vom Geschmack Abgelehnten das Gutgemachte anzuerkennen, und das Gespür, in den Keimen die Blüten und Früchte zu erahnen. Umgekehrt: Vorurteile und Tabus sind wie auch sonst schlechte Berater in der Kulturpolitik.

Grundsätzlich wichtig ist, dass man in der Kulturpolitik (und sicher auch in anderen Bereichen) nicht nur die Schwerpunkttierung ansteuert, sondern dabei immer das Artensterben im Auge behält. Schwerpunkttierung und Artensterben sind zwei Kehrseiten ein und derselben Medaille.